



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Zur Geschichte der Preußischen Verwaltung im Regierungsbezirk Düsseldorf

**Bammel, Adolf**

**Düsseldorf, 1912**

8. Talsperren

---

---

**Nutzungsbedingungen**

[urn:nbn:de:hbz:466:1-55577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-55577)

## 8. Talsperren

Der Wasserbedarf der riefig anwachsenden Bevölkerung und der industriellen Werke hat schon in den achtziger Jahren die schwere Gefahr des Wassermangels herbeigeführt, der nur durch eine streng geregelte Wasserwirtschaft mit Hilfe von Talsperren begegnet werden konnte. Die Aufspeicherung des sonst nutzlos abfließenden Hochwassers in großen Sammelbecken und seine Ausnutzung in den Zeiten anhaltender Trockenheit konnte einerseits den an dem Fluß- oder Bachläufe liegenden Triebwerken gewerblicher Unternehmer einen regelmäßigen Betrieb gewährleisten, andererseits die Pumpwerke großer städtischer und industrieller Wasserversorgungsanstalten mit reinem Trinkwasser in ausgiebiger Menge versehen, daneben auch durch Hochwasserschutz und Verbesserung der Vorflut die Landwirtschaft fördern. Die Herstellung solcher Wasserbauten wurde demnach eine der wichtigsten und dringendsten Angelegenheiten des Bezirksamtes. Die Ausführung der ersten Talsperre durch die Stadt Remscheid in den Jahren 1888 bis 1891 bestätigte jedoch die auch in Westfalen gemachte Erfahrung, daß bedeutendere Talsperren nur auf Grund neuer wasserrechtlicher Vorschriften durchgeführt werden konnten, welche besonders die zwangsweise eintretende Gründung der Talsperrenengenossenschaften, die erweiterte Staatsaufsicht und die Beitragsleistung betrafen und von dem damaligen Landrat des Kreises Lennepe, jetzigen Ober-Regierungsrat König, als Gesetzentwurf ausgearbeitet wurden. Nachdem durch diese Änderung (G. S. 1891, S. 97) das Wassergenossenschaftsgesetz für Talsperren im Wuppergebiete anwendbar geworden war, kam die Wupper-Talsperrenengenossenschaft zustande, welche in den Jahren 1896 bis 1899 zur Ausnutzung gewerblicher Triebkräfte die Talsperrenanlagen bei Hückeswagen und Marienheide im Bergischen Lande herstellte. Es folgten die Städte Ronsdorf, Lennepe und Solingen mit Sperren für Wasserwerkverfugung und Betriebszwecke, die Stadt Barmen mit dem Sammelbecken bei Herbringhausen und der Kerpelalsperre, Remscheid mit der Neyetalsperre. Auf das Ruhrgebiet wurde zunächst das für die Wupper ergangene Gesetz ausgedehnt. Doch bedurfte es hier bald einer schwierigen Organisation, weil der Ruhr und ihrem Grundwasser durch Industrie und Wasserwerke ungeheure Wassermassen entzogen wurden, auch der Bergbau teilweise das Versiegen des Wassers veranlaßte. Den Bemühungen des Regierungs-Präsidenten Freiherrn von Rheinbaben gelang es nach sehr langwierigen Verhandlungen, die zahlreichen Wasser- und Triebwerksbesitzer des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Niederschlagsgebiet der Ruhr zu einem Ruhr-Talsperrenverein (1899) zu vereinigen, der sich die Verbesserung des Wasserstandes der Ruhr nach Menge und Beschaffenheit durch Erbauung oder Förderung von Talsperrenanlagen zum Ziel setzte und zu diesem Zwecke jährliche Mitgliederbeiträge erhob, die sich jetzt auf fast 600 000 Mark belaufen. Die hierauf am oberen Lauf der Ruhr und seiner Zuleiter angelegten Talsperren liegen zwar im Regierungsbezirk Arnsberg, haben aber, da sie durch das Bedürfnis der unteren Ruhrstrecke veranlaßt wurden und weil dem Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf die Strompolizei von Witten abwärts zusteht, die Mitwirkung der Düsseldorfer Regierung häufig erfordert. — Die zur Beseitigung einer schweren Notlage geschaffenen Talsperren sind auch zu Schmuckanlagen der stillen Täler geworden, in denen die Gewässer durch mächtige Sperrmauern zu künstlichen Seen angestaut sind, zumal da regelmäßig, um die Verunreinigung zu verhüten, auch die Aufforstung der Berghänge angeordnet wird.



Zugleich findet die in Industriefläüssen ausichtslose Fischerei hier ihre Rettung. In den im hiesigen Regierungsbezirk bis jetzt in Betrieb befindlichen neun Talsperren können gegen 34 Millionen Kubikmeter Wasser gestaut werden.

Wie die Ruhr ist auch die ihr nördlich parallel laufende Emscher dem Düsseldorf-Bezirk mit Westfalen gemeinsam. Die Regierung ist daher als Landespolizeibehörde beteiligt an den Arbeiten, welche die Emschergenossenschaft in Essen seit einigen Jahren zur Vorflutregulierung und Abwässerklärung im Emschergebiet ausführt.

Auch hier hat es eines Spezialgesetzes bedurft, um aus den beteiligten Stadt- und Landkreisen eine Genossenschaft zu gründen, die den auf 45 Millionen Mark Kosten berechneten Plan durchführt, von welchem dies mit zwei Millionen Einwohnern bevölkerte Zechen- und Industriegebiet die Erlösung aus schweren sanitären Mißständen erhofft. Die von der Mündung zur Quelle fortschreitenden Arbeiten sind in unserem Regierungsbezirk in der Hauptsache beendet und haben dem Unterlaufe des Flusses ein neues Bett gegeben. Die Organisation der Emscher-Genossenschaft ist ein bahnbrechendes Ereignis, dessen baldige Wiederholung für die linksrheinischen Kreise Moers, Geldern, Cleve und in einer rheinisch-westfälischen Genossenschaft zur Reinhaltung der Ruhr vorgeschlagen ist und beraten wird.

Auf der linken Rheinseite mußte die veraltete Verpflichtung der Nierz-anwohner zur Reinigung dieses Flusses durch neue von der Regierung herbeigeführte Vereinbarungen ersetzt werden, um die von den Industriegemeinden ausgehenden Verschlammungen durch alljährliche Reinigung seitens einer Betriebsgemeinschaft der Genossenschaften, Gemeinden, Mühlenbesitzer usw. zu verhüten. — Auch in anderen Tälern wird es in Zukunft der Einwirkung der Landespolizeibehörde bedürfen, um die an der Verschmutzung gemeinsamer Wasserläufe beteiligten Gemeinden zur rechtzeitigen Aufstellung geeigneter Entwürfe zu veranlassen. — Neben den Kanalisationen sind die hier landespolizeilich zu prüfenden Wasserleitungen zu nennen, deren zahlreiche Hochbehälter auf den Hügeln des niederrheinischen Landes so erfreuliche Signale steigender Kultur darstellen.

Der Ausdehnung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie entsprach die Vergrößerung des fiskalischen Hafens zu Ruhrort, wohin nunmehr die Kohle ausschließlich mit der Eisenbahn befördert wurde. Unter Verlegung der für die Schifffahrt zurzeit nicht mehr in Betracht kommenden Ruhr wurde von 1872 bis 1890 der Kaiserhafen den bisherigen Hafenbecken hinzugefügt und eine breitere Verbindung mit dem Rheine hergestellt. Im Wettbewerb mit dem Fiskus hatte die Stadt Duisburg die dortigen von ihr übernommenen Hafenanlagen ansehnlich erweitert. Indessen wurde eine einheitliche großzügige Verkehrsanlage wegen zunehmenden Verkehrs und Bebauung dieser Industriegegend immer dringender, bis im Jahre 1905 die Duisburg-Ruhrorter Häfen im Wege der Betriebsgemeinschaft zu einer gemeinsamen, vom Ruhrfiskus geführten Verwaltung vereinigt wurden, wobei der künftige Erwerb der Duisburger Hafenanlagen durch den Fiskus vorbehalten wurde. Im letzten Jahrzehnt ist dann mit Hilfe von Staatsanleihen dieser größte Binnenhafen Europas nochmals erweitert und auf eine Wasserfläche von 434 ha gebracht worden. Sein Gesamtverkehr

9. Kanalisationen  
Wasserwerke

10. Häfen  
Schifffahrt